



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/68

13. Juni 1949

Ist der Papst gegen Sozialisierung?

Von Arno Hennig, Hannover

43 Jahre nachdem Marx und Engels das "Kommunistische Manifest" verfassten, im Jahre 1891, erliess Papst Leo XIII. sein grundlegendes Rundschreiben "Rerum novarum" über die Lage der Arbeiterschaft. Vierzig Jahre später, am 15. Mai 1931, feierte Papst Pius XI. die Tat Leos XIII. mit der Enzyklika "Quadragesimo anno" und versah das Rundschreiben seines Vorgängers mit zeitgemässen Auslegungen.

Päpstliche Rundschreiben sind zwar nicht rechtsverbindlicher kirchlicher Lehrinhalt, gelten nicht als "ex cathedra" gesprochen, aber sie stellen die wohlherwogene, lange vorbereitete Meinung und Willensäusserung der Päpste zu wichtigen Zeiterscheinungen dar. Es kann kein Anlass zu einem Vorwurf sein, dass in aufeinanderfolgenden Enzykliken die sich wandelnde Einstellung der katholischen Kirche zu wandelbaren Erscheinungsformen des Lebens zum Ausdruck kommt, ohne dass dadurch die Unerschütterlichkeit der eigentlichen Lehre, der kanonischen Grundlagen, berührt würde.

So stellen die beiden Enzykliken Leos XIII. und Pius' XI. hochbedeutsame Dokumente zur Beurteilung des sozialen Lebens dar. Auch der Sozialist wird klug tun, sie sehr ernst zu nehmen. Dieses Ernstnehmen verpflichtet uns auch zur Auseinandersetzung mit so schwerwiegenden Behauptungen wie der (im Kapitel III unter "Beurteilung des Kapitalismus und Sozialismus" aufgestellten) über die Unvereinbarkeit von Katholizismus und Sozialismus.

Da eine Enzyklika keine unfehlbare Äusserung "ex cathedra" ist, hat der Vatikan nach dem Jahre 1931 bereits eine wichtige Korrektur vorgenommen und zugestanden, dass z.B. die britische Arbeiterpartei von dieser Feststellung nicht betroffen sei. Wir zweifeln nicht daran, dass eines Tages der Vatikan auch die deutsche Sozialdemokratie dieser gerechten Beurteilung würdigt. Denn die 1945 erneuerte deutsche Sozialdemokratie ist keine Weltanschauungspartei. Die Entschliessung von Ziegenhain und der Parteitag in Düsseldorf erlauben daran keinen Zweifel. Wenn diese Vorentscheidungen sich im Programm verdichten, wenn die Praxis der deutschen Sozialdemokratie sie nicht widerlegt, muss in absehbarer Zeit auch von katholischer Seite jedes Verdikt gegen sie fallen.

Im Jahre 1931 war zwar der grosse geistige Erneuerungsprozess im deutschen Sozialismus bereits seit 30 Jahren im Gange, der die

Ausscheidung des Kommunismus herbeiführte und einen weltanschaulichen dogmatischen "Marxismus" immer klarer ablehnte, aber es war damals schliesslich begreiflich, wenn Katholiken und Nichtkatholiken in einer vermeintlichen "sozialistischen Weltanschauung" einen Religionsersatz erblickten. Und selbst heute mag es noch vereinzelte Sozialisten geben, die da meinen, man könne erst dann ein guter Sozialist sein, wenn man die Religion ablehnt. Aber auch die parteipolitische Voreingenommenheit von Nichtsozialisten kann an dem geistigen Erneuerungsprozess der Sozialdemokratie nicht mehr vorübergehen und vermerkt ihn gelegentlich ausdrücklich mit Unbehagen und dem Bemühen, ihn zu bagatellisieren. Und selbst wenn in Ziegenhain und Düsseldorf das Notwendige nicht gesagt worden wäre - wer hat Deutschland, wer hat Europa vor der östlichen Gleichschaltungsgefahr bewahrt? Zuerst und mit wirksamstem Nachdruck das entschlossene Nein der deutschen Sozialdemokraten. Wenn man im Vatikan nicht nur klug, sondern auch gerecht ist, wird man eines Tages diese geschichtliche Tatsache würdigen und der Meinung eines protestantischen Theologen von ausgesprochen konservativer Denkweise beitreten müssen: "Es könnte Gott gefallen haben, die deutschen Sozialdemokraten als Werkzeug zur Rettung des Abendlandes zu erwählen".

In dieser Zuversicht kann auch der Sozialist ruhig und sachlich die positiven Beiträge beider päpstlichen Enzykliken zum sozialen Problem feststellen und wertschätzen.

Der katholische Leser wird überrascht sein, oft geradezu die Sprache zu vernehmen, die man sonst als "marxistisch" kennt. So wird die "ungeheure Menge der Proletarier" der "Klasse der Besitzenden" gegenübergestellt. Und wie Marx, so kennzeichnet auch "Quadragesimo anno" den Proletarier als den eigentumslosen Nur-Lohnarbeiter, der nichts anderes hat als seine Arbeit. Und wie Marx die Aufhebung jeglichen Proletariats fordert, so erstrebt die Enzyklika "Quadragesimo anno" die "Entproletarisierung des Proletariats".

Welche Heilmittel schlägt hierfür das Rundschreiben "Quadragesimo anno" vor? Es empfiehlt die Erneuerung der Wirtschaft in christlichem Geiste, weist den Hauptanteil an dieser Erneuerung der Liebe zu, die das Band der Vollkommenheit ist, betont die Schwere des Erneuerungswerkes, will unter Klerikern und Laien angestrebte gesellschaftswissenschaftliche Studien gepflegt sehen und empfiehlt unerschrockene Gewissensweckung gegenüber den sozialen Problemen. Das ist der Anruf des Seelenhirten an den Christen. Der Sozialist kann sich diesem Gewissensappell nur von ganzem Herzen anschliessen.

Aber wer auf der sozialen Ebene handeln muss, trägt die Verantwortung für alle Menschen, für Christen und Nichtchristen. Hat nun die Enzyklika auch praktische Ratschläge für alle? Hierzu findet sich der folgende entscheidende Satz: "Mit vollem Recht kann man ja dafür eintreten, bestimmte Arten von Gütern der öffentlichen Hand vorzubehalten, weil die mit ihnen verknüpfte übergrosse Macht ohne Gefährdung des öffentlichen Wohles Privathänden nicht überantwortet bleiben kann".

Der deutsche Sozialdemokrat hat gegen solche Feststellung nicht nur nichts einzuwenden, sondern betrachtet sie als starkes Beweismittel für die unleugbare Wurzelverwandtschaft christlicher und sozialistischer Betätigung. Die Bedeutung dieses Eintretens des Papstes für Sozialisierung dort, wo es die Sozialdemokraten ebenfalls aus den gleichen Gründen - und seit 100 Jahren - tun, liegt auf der Hand!

Der deutsche Katholik steht aber angesichts der Neuordnung seines Vaterlandes vor der Verpflichtung, diejenigen politischen Kräfte zu stärken, denen die Enzyklika "Quadragesimo anno" nicht nur ein Lippenbekenntnis bleibt, sondern die mit deren realen Gehalt vollen Ernst machen.

Das Büro des Parteivorstandes der SED teilt mit:

Nach einer Mitteilung des NWDR vom 12. Juni hat Dr. Adenauer die Erklärung abgegeben, dass der Parlamentarische Rat nach einer Information der Militärregierungen seit der Verabschiedung des Grundgesetzes nicht mehr bestehe und daher für Änderungen des Wahlgesetzes nicht mehr zuständig sei.

Demgegenüber ist festzustellen, dass Dr. Adenauer noch am 30. Mai eine Erklärung an dpd abgegeben hat, in der es heisst, dass er bisher weder von alliierter Seite noch von der Ministerpräsidenten-Konferenz dahingehend unterrichtet worden sei, dass der Parlamentarische Rat aufgehört habe, zu bestehen. Dr. Adenauer fügte hinzu, dass der Rat allein schon wegen der unerledigten Wahlrechtsfrage legitimiert sei, weiterzuarbeiten. Diese Erklärung liegt zeitlich nach der angeblichen mündlichen Mitteilung des französischen Verbindungsoffiziers, dass der Parlamentarische Rat nicht mehr bestehe.

Dr. Adenauer hat seine gestrige Erklärung in seiner Eigenschaft als Präsident des Parlamentarischen Rates abgegeben, ohne dass er dazu durch das Präsidium oder irgend eine andere Körperschaft des Parlamentarischen Rates ermächtigt worden ist.

Das Bemerkenswerte an der Erklärung von Dr. Adenauer ist, dass er als Präsident der deutschen politischen Institution, die verfassungsrechtlich und nach den Entscheidungen der Militärgouverneure für die sachliche Regelung des Wahlgesetzes zuständig ist, die weitere Existenz dieser Körperschaft zu dem Zeitpunkt zu leugnen beginnt, zu dem das vermutete Resultat der sachlichen Arbeit des Parlamentarischen Rates in der Wahlrechtsfrage nicht mit seinen persönlichen politischen Intentionen übereinstimmt. Diese Handlungsweise ist etwas Neues in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus.

(m/B. 136/1/hs)

Der Labour-Kongress

sp. Der 48. Parteitag der Labour Party - mit nahezu 1400 Delegierten und 1800 Besuchern der bisher grösste von allen - hat den entschlossenen Willen der englischen Regierungspartei erkennen lassen, auch bei den Neuwahlen zum Parlament im nächsten Jahr die sozialistischen Ideen zum Siege zu führen und die unblutige Revolution in England zu vollenden, die mit dem überwältigenden Erfolg bei den Parlamentswahlen 1945 eingeleitet wurde. Die zur Debatte stehenden Probleme, die sich diesmal fast ausschliesslich auf innenpolitische Fragen konzentrierten, lösten zum Teil lange und scharfe Aussprachen aus. Aber auch die schärfste Kritik war geleitet von der festen Absicht, konstruktive Mitarbeit zu leisten und mitzuwirken an der Meisterung der schwierigen Aufgaben, die der Labour Party in der Zukunft harren. Jim Griffith, der bisherige Parteivorsitzende, stellte drei Probleme als besonders bedeutsam und vordringlich heraus: 1. die höchstmögliche Leistung der verstaatlichten Industrien, 2. die Bildung eines Verwaltungskörpers, der kompetent und unbürokratisch ist und 3. die verstaatlichten Industrien so zu lenken und zu führen, dass sie beispielhaft für die Pflege und Entwicklung des Geistes und der Praxis industrieller Demokratie werden.

Jim Griffith selbst stiess auf zierlichen Widerstand, als er sich für die Verstaatlichung des Versicherungsgewerbes einsetzte. Aber das Ende einer ausgedehnten Diskussion erbrachte eine überwältigende Mehrheit für die Vorschläge des Exekutiv-Komitees, die unter dem Motto "Labour glaubt an England" die Grundlage für das Programm bilden, mit dem die Labour Party im nächsten Jahr in den Wahlkampf gehen wird. Das Wahlmanifest wird, so wurde in Blackpool beschlossen, jetzt sofort in Angriff genommen und einem ausserordentlichen Parteitag unterbreitet werden, der für Anfang 1950 vorgesehen ist.

Kennzeichnend für die Bereitschaft der Delegierten, die innere Geschlossenheit innerhalb der Labour Party zu festigen, war bereits die unerwartet-grosse Mehrheit, die am ersten Verhandlungstag den Ausschluss der "Rebellen" Zilliacus und Selley billigte. Sie dokumentierte sich auch in einem eindrucksvollen Vertrauensvotum für Schatzkanzler Sir Stafford Cripps, der in einer sehr ruhigen und sachlichen Rede seine Wirtschaftspolitik verteidigt hatte, nachdem es über eine Resolution einer Gewerkschaftsgruppe, welche die Lohn-, Preis- und Gewinnpolitik der Regierung als unfair gegenüber der Arbeiterschaft bezeichnete, zu einer ausgedehnten Diskussion gekommen war. Unter grossem Beifall stellte Sir Stafford Cripps fest, dass England heute die vitalste Demokratie der Welt sei und dass die Gedanken des demokratischen Sozialismus nicht nur gute theoretische Argumente seien, sondern auch in der Praxis sich bewährt hätten.

Den stärksten Eindruck indessen hinterliess die Ovation, die Aussenminister Ernest Bevin von den Delegierten bereitet wurde, nachdem er die englische Aussenpolitik während seiner Amtszeit dargelegt hatte. Erstmals seit 1945 regte sich keine Stimme des Widerspruchs, als Bevin geendet hatte - dafür aber erhob sich das ganze

Haus und zollte Bevin stürmischen Beifall. In dieser einmütigen Zustimmung erblickte Hugh Dalton mit Recht eine Bestätigung dafür, dass die Anstrengungen der Labour-Regierung zur Schaffung eines dauerhaften Friedens allmählich ihre Früchte zu tragen beginnen.

Für die Durchführung der kommenden Parlamentswahlen wurde die Schaffung eines Wahlfonds in Höhe von 400 000 Pfund beschlossen. Ausserdem wird in nächster Zeit ein grosser Werbefeldzug eingeleitet werden, um die Zahl der Einzelmitglieder der Partei von jetzt rund 700.000 auf eine Million steigern zu können. Zugleich wird die Zahl der Wahlredner von 230 auf 300 vermehrt. Bei den Neuwahlen zum Parteivorstand kam nur die Wahl Tom Dribergs etwas überraschend, der zum extremen linken Flügel der Partei gehört und die Stelle Harold Laskis einnehmen wird.

(b/B.65/2/136/hs)

Ein Bergarbeiter Labour-Vorsitzender

sp. Ein guter Kenner der deutschen Verhältnisse, der Generalsekretär der Bergarbeiter-Gewerkschaft von Durham, Sam Watson, wurde auf dem Parteitag in Blackpool zum neuen ersten Vorsitzenden der Labour Party gewählt. Sam Watson, breitschultrig und stämmig, stammt aus Boldon, einem Dörfchen im Revier von Durham. Er begann mit 14 Jahren in einem Bergwerk seiner Heimat zu arbeiten und schloss sich frühzeitig der Labour Party an. Der heute 51-Jährige widmete sich auch mit jungen Jahren schon der Gewerkschaftsbewegung und wurde vor drei Jahren zum Generalsekretär der Durham Bergarbeiter gewählt. Er vertrat 1948 auf dem Parteitag der SPD in Düsseldorf die Labour Party und besuchte erst vor kurzem an der Spitze einer Labour-Abordnung den Parteivorstand in Hannover, wo er sich eingehend über die aktuellen Fragen informierte, die mit der internationalen Zusammenarbeit zusammenhängen.

Zum stellvertretenden Parteivorsitzenden wurde die Unterhausabgeordnete Alice Brown gewählt, die zwar schon seit acht Jahren dem Vorstand der Labour Party angehört, aber noch immer zu den jüngsten Mitgliedern des Parlaments zählt. Auch Miss Brown kommt aus einer Bergarbeiter-Familie. Sie trat mit 16 Jahren erstmals öffentlich als Rednerin auf einer Versammlung der Labour Party auf, wirkte in ihrem Heimatdorf Normanton als Lehrerin und wurde 1945 ins Unterhaus gewählt. Sie ist das erste Exmitglied der Labour Jugendliga, das auf den Posten eines stellvertretenden Parteivorsitzenden berufen wurde und zählt zu den fünf Frauen, die dem 27-köpfigen Parteivorstand der Labour Party angehört. Sie dürfte im nächsten Jahr Sam Watson als erste Vorsitzende der Labour Party ablösen.

(b/B.65/2/136/hs)

Deutschland und das Internationale Arbeitsamt

Wir haben Staatssekretär Dr. Auerbach vom niedersächsischen Arbeitsministerium, der auf der kürzlichen Konferenz der Arbeitsminister Westdeutschlands über die Stellung Deutschlands zum Internationalen Arbeitsamt referierte, über seine Auffassung befragt. Dies ist seine Antwort:

Eine Mitgliedschaft Deutschlands im Internationalen Arbeitsamt ist nur möglich, wenn dem deutschen Bundestag das Recht auf Ratifizierung von auf internationalen Konferenzen ausgearbeiteten Gesetzentwürfen zugestanden ist. Das Besatzungsstatut lässt offen, ob dieses Recht dem Bundestag gegeben wurde oder nicht.

Der Labour-Abgeordnete John Hynd, der frühere britische Deutschlandminister, hat am 16. Mai dem britischen Außenminister Bevin im Unterhaus die Frage gestellt, ob der Punkt 2 c des Besatzungsstatuts der Bundesrepublik die Mitgliedschaft in der internationalen Arbeitsorganisation gestattet. Bevin erklärte, eine deutsche Beteiligung an der Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes sei möglich. Auf die präzise Ergänzungsfrage Hynds, ob diese Mitarbeit Mitgliedschaft bedeute oder nur Begleitung alliierter Offiziere zur internationalen Arbeitskonferenz, hat Bevin keine klare Antwort erteilt. Im Augenblick hat man in London, Paris und Washington also über diese Frage noch nicht entschieden.

Es wurde dann von ausserdeutscher Stelle angeregt, Deutsche als Beobachter an der internationalen Arbeitskonferenz teilnehmen zu lassen, die Deutschen sollten als Begleiter alliierter Offiziere zur Konferenz erscheinen. Ein derartiges Wiedereinführen Deutschlands in die internationale Arbeitsorganisation entspricht, wie mir scheint, nicht unbedingt der Bedeutung des Internationalen Arbeitsamtes und entspricht auch nicht dem üblichen Verfahren. Die Bundesrepublik Deutschlands kann nicht durch eine Hintertür wieder in die internationale Arbeitspolitik eingeführt werden. Eine klare Entscheidung der Besatzungsmächte erscheint notwendig.

Die Meldung aus Genf, dass die Vertreter der Tschechoslowakei und Polens sich gegen die Teilnahme Deutscher an der Arbeitskonferenz wandten, bezieht sich nur auf die Teilnahme deutscher Beobachter.

Verständnis für die Wirtschaft

H.K. Die Rechts-Mehrheit im Frankfurter Wirtschaftsrat hat sich immer wieder darauf berufen, dass sie das Vertrauen der "Wirtschaft" genießt. Sie hat sowohl mit den Gesetzen, die sie nicht erlassen hat, wie mit den Gesetzen, die gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen wurden, auch einiges getan, um dieses Vertrauen zu rechtfertigen und einen "moralischen" Anspruch auf die Unterstützung der Wirtschaft zu erwerben.

Wie diese verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft

und Politik funktioniert, ist bei einem der letzten Gesetze des Wirtschaftsrates, das gegen die Stimmen der Sozialdemokraten verabschiedet wurde, wieder einmal sehr deutlich geworden. Bekanntlich hat die Rechtsmehrheit (natürlich mit den Stimmen ihrer Gewerkschaftsmitglieder, darunter sogar der Dritte Vorsitzende des Industrieverbandes Bergbau) beschlossen, den Einfluss der Arbeitnehmer in der Selbstverwaltung der Krankenversicherung von 2/3 auf die Hälfte herabzusetzen und auf diese Weise noch hinter das zurückzugehen, was selbst zu Wilhelms Zeiten schon als Recht der Arbeiterschaft anerkannt worden war.

Mit dieser "sozialen Tat" haben die Abgeordneten der CDU/FDP einen Auftrag ausgeführt, der ihnen vom "Zentralsekretariat der Arbeitgeber" am 18. Mai 1949 erteilt worden ist. In einem von diesem Tage datierten Rundschreiben der sozialpolitischen Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber wird behauptet, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig an den Beiträgen für die Sozialversicherung beteiligt seien. Es wird so getan, als ob die Arbeitgeberbeiträge sozusagen aus der Tasche der Unternehmer bezahlt würden und nicht etwa ein Teil des Lohnes sind, der auch in die Kosten eingeht. Mit dieser Begründung wird dann die gleichberechtigte Beteiligung an der Verwaltung der Krankenkassen gefordert - natürlich nur zum Besten der Arbeitnehmer! Ausdrücklich beruft man sich auf "hohe Gesichtspunkte" und die "Ideale einer wahren Selbstverwaltung". Gleichzeitig fordert man, dass bei den Betriebs- und Innungskrankenkassen und den Unfallversicherungen der Vorsitzende ein Vertreter der Arbeitgeber sein soll. Man spricht die Erwartung aus, dass auch hier die Herren Abgeordneten dafür sorgen werden, dass die Wünsche der Industrie erfüllt werden.

Wie gesagt, die Rechts-Mehrheit hat sich auch in diesen Falle des Vertrauens würdig erwiesen, dass die "Wirtschaft" in sie gesetzt hat. Dass sie damit jeden Anspruch auf das Vertrauen der Arbeitnehmerschaft verloren hat, braucht wohl nicht näher bewiesen zu werden. Zumindest ist der freigiebige Gebrauch von unverbindlichen sozialen Redensarten kein Gegenbeweis.

Eine Flüchtlingsaufgabe der Bundesregierung

sp. Anfang April hatte sich der Parteivorstand der SPD wegen der Umsiedlung der noch in Polen und in der Tschechoslowakei befindlichen Deutschen in zwei gleichlautenden Eingaben an die britische und die amerikanische Militärregierungen gewandt. In den Eingaben wurde darauf hingewiesen, dass sich in Polen noch über 150.000 und in der Tschechoslowakei etwa 170 000 Deutsche befinden. Es wurde unterstrichen, dass grundsätzlich die Bereitschaft der Regierungen Polens und der Tschechoslowakei vorliege, die noch in diesen Ländern befindlichen Deutschen auswandern zu lassen, doch werde von beiden Regierungen verlangt, dass die Einreise von den Besatzungsbehörden in Deutschland genehmigt werde. Ferner liege eine Bereitschaft des Internationalen Roten Kreuzes vor, den Abtransport der Deutschen aus Polen durchzuführen, ebenso wie die deutschen Flüchtlingsverwaltungen beschlossen

hätten, für die Unterbringung der restlichen Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei in westdeutschland Sorge zu tragen.

Auf diese Eingabe des SPD-Vorstandes ist jetzt die Antwort der britischen Militärregierung eingegangen. Darin wird das Einverständnis für die Aufnahme der Deutschen aus beiden Ländern grundsätzlich zum Ausdruck gebracht, indem erklärt wird, dass die Aufnahme von weiteren Ausgewiesenen in Deutschland und deren Verteilung auf die einzelnen Länder eine Angelegenheit sei, die unter die Kompetenzen der zukünftigen deutschen Regierung falle. (b/B.124/2/136/hs)

Die KP sucht ehemalige RAD-Führer

sp. Ein Teil der ehemaligen Reichsarbeitsdienstführer hat sich in der letzten Zeit zusammengeschlossen, ohne dass das nach aussen hin in Erscheinung getreten wäre. Jetzt hat sich die KP der Sache angenommen und versucht, diese Leute für sich zu gewinnen. Sie hat ihnen auch eine Reihe von Zusagen gemacht und wir haben Namen von Leuten, die solche Angebote bekommen haben. Offenbar rechnet die KP früher oder später mit der Wiedereinführung des Arbeitsdienstes und will jetzt bereits ihre Position darin vorbereiten. In den erwähnten Angeboten wird vorgeschlagen: a) halbjährige Rednerausbildung in der Ostzone auf Kosten der Ausbilder, b) gute Versorgung der hier verbliebenen Familien mittels Gelder des Organisators, c) Verpflichtung des ausgebildeten Redners zu späterer Agitation im Sinne der KP in der Westzone. (b/b 1/136/1/hs)

Vereinigung der Postgewerkschaften. (sp.) Die Postgewerkschaften der britischen, amerikanischen und französischen Zone vereinigen sich am 29. und 30. Juni 1949 in Stuttgart-Cannstatt zu einer einheitlichen Deutschen Postgewerkschaft. An diesem Gewerkschaftstag werden auch zahlreiche Auslandsvertreter teilnehmen. Die Berliner Postgewerkschaft wird, sofern sie den Anschluss noch nicht vollziehen kann, durch Gastdelegierte vertreten sein. Die Deutsche Postgewerkschaft wird, sofern sie den Anschluss noch nicht vollziehen kann, durch Gastdelegierte vertreten sein. Die Deutsche Postgewerkschaft wird nach Vereinigung der drei Westzonen über 150.000 Beate und Arbeiter als Mitglieder zählen.
